

Stuttgart, 18. Mai 2009

Kritik des Gemeindetags am Grünen Musterkonzessionsvertrag läuft ins Leere

Petra Selg und Franz Untersteller, MdL: „Rund 50 Anfragen vor allem aus Kommunen sind der Beleg für das große Interesse an einer Alternative zu dem zwischen der EnBW und den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelten Entwurf.“

Verwundert über die am vergangenen Freitag vom Gemeindetag geäußerte Kritik an dem von den Grünen Anfang Mai vorgelegten Entwurf für einen alternativen Musterkonzessionsvertrag zeigten sich die Grünen-Landesvorsitzende Petra Selg und Franz Untersteller, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Landtag. Der Gemeindetag hatte den Entwurf als ein „reines Wunschpapier“ bezeichnet, „das am Energiemarkt keine Chance habe“. Zudem – so der Gemeindetag weiter in seiner Pressemitteilung – sei es aufgrund rechtlicher Vorgaben der Gemeindeordnung (§ 107 Gemeindeordnung) erforderlich, dass den Gemeinderäten vor dem Beschluss über einen Konzessionsvertrag ein Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen vorgelegt werde. Dies belege, dass der Konzessionsvertrag die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben nicht gefährde und bei Abschluss die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohner gewahrt seien.

Fakt sei, so Selg und Untersteller, dass der vor zwei Wochen von den Grünen vorgelegte Entwurf eines kommunenfreundlichen Konzessionsvertrags zum Betrieb der örtlichen Stromnetze mittlerweile landesweit in Fachkreisen diskutiert werde. „Innerhalb kürzester Zeit haben wir rund 50 Anfragen – die meisten aus interessierten Kommunen – zu unserem Musterkonzessionsvertrag erhalten. Dabei hat der Entwurf sowohl von Kommunen als auch von Juristen und Energiefachleuten viel Zustimmung erhalten.“

Dass der grüne Musterkonzessionsvertrag gleichzeitig auf heftige Kritik derer stoße, die einen Wettbewerb um den Betrieb der örtlichen Stromnetze mit aller Macht verhindern wollten, habe man von vornherein nicht anders erwartet. „Es geht im Energiemarkt nun einmal nicht um Ringelrein, sondern um Milliarden Gewinne“, sagte Untersteller.

Im ganzen Land gründeten sich derzeit neue Stadtwerke, da die Kommunen an diesen Milliarden Gewinnen teilhaben wollten. Eigene Stadtwerke böten für die Kommunen darüber hinaus den Vorteil, dass sie so ihre Gewerbesteuererinnahmen erhöhen

könnten. Dies sei angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise nicht zu vernachlässigen. „In den Kommunen regt sich Widerstand gegenüber der EnBW, die derzeit 80 Prozent der örtlichen Stromnetze betreibt und an den alten Zöpfen der Energiepolitik festhalten will“, erklärte Selg. Der grüne Entwurf eines kommunenfreundlichen Konzessionsvertrags sei ein entscheidender Schlüssel, um die Kommunen in ihren Rechten gegenüber den Energieversorgern zu stärken.

Im Zusammenhang mit der vom Gemeindefrat geäußerten Kritik kündigten Selg und Untersteller an, in Kürze ein Rechtsgutachten zu ihrem Musterkonzessionsvertrag vorzulegen. Dieses sei bereits bei einer renommierten Anwaltskanzlei in Bearbeitung. „Mit dem Gutachten erhalten die Kommunen Rechtssicherheit bei der Wahrung ihrer Interessen“, sagte Jürgen Menzel, grüner Energieexperte und Initiator des von der Landespartei vorgelegten kommunenfreundlichen Musterkonzessionsvertrags. Schon bei der Neugründung des Regionalwerks Bodensee habe die Landesregulierungsbehörde die EnBW bei Versuchen, den Wettbewerb zu verhindern, in ihre Schranken verwiesen. Die Grünen zeigten sich überzeugt, mit ihrem Vorstoß einen Beitrag zum Aufbrechen der Monopolstellung der EnBW in Baden-Württemberg und zu fairen Partnerschaften zwischen Kommunen und Energieversorgern zu leisten.